Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10991

17. 06. 98

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD

zu der Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zum Europäischen Rat in Cardiff vom 15. und 16. Juni 1998

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Europäische Rat in Cardiff hat die EU nicht so vorangebracht, wie die zentralen Fragen der künftigen Entwicklung der EU auf der Tagesordnung es erfordert hätten. Dazu zählen vor allem der entschlossene Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und die Themen der Agenda 2000 einschließlich der Neuregelung der EU-Finanzierung ab dem Jahr 2000. Außerdem hat sich der Europäische Rat mit dem Thema „bürgernahes Europa" bzw. „Subsidiarität" befaßt.

   Die Bundesregierung hat bislang wegen der bevorstehenden Bundestagswahl kein schlüssiges Konzept zu den zentralen Fragen der Agenda 2000 vorgelegt. Sie trägt deshalb ein hohes Maß an Mitverantwortung dafür, daß auf dem Europäischen Rat in Cardiff keine Beschlüsse zur Lösung der anstehenden Aufgaben gefaßt werden konnten.

2. Der Europäische Rat hat entgegen den ursprünglichen Planungen keine Beurteilung der nationalen beschäftigungspolitischen Aktionspläne der Mitgliedstaaten vorgenommen. Daran war der Bundesregierung gelegen, denn sie hat nach der öffentlich dokumentierten Bewertung durch die Europäische Kommission keinen innovativen Aktionsplan vorgelegt. Sie hat zentrale beschäftigungspolitische Leitlinien der EU, insbesondere zur Reduzierung bzw. Vorbeugung von Jugend- oder Langzeitarbeitslosigkeit, nicht umgesetzt. Sie hat darüber hinaus noch keine Initiative ergriffen, um die beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik inhaltlich abzustimmen. Dies ist aber eine wichtige Voraussetzung, um europäische Beschäftigungspolitik wirksamer zu gestalten.

3. Die Bundesregierung hat immer noch kein konsistentes Konzept zu den Legislativvorschlägen der Europäischen Kommis-

sion im Rahmen der Agenda 2000 vorgelegt. Deshalb konnte der Europäische Rat bei der Behandlung vor allem der Agrar- und Strukturfondsreform keine Fortschritte machen. Dies wird dazu führen, daß komplizierte und sensible Fragen unter hohem Zeitdruck in der deutschen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 entschieden werden müssen, wenn eine Krise in den europäischen Beziehungen vermieden werden soll.

4. Die Bundesregierung setzt sich öffentlich massiv dafür ein, die Nettozahlungen Deutschlands an die EU zu reduzieren. Sie hat auf dem Europäischen Rat in Cardiff von den Partnern keine wirksamen Zugeständnisse in dieser für Deutschland wichtigen Frage erhalten. Der Deutsche Bundestag unterstreicht, daß nur im Rahmen eines Gesamtkonzepts, das die Reform der wichtigsten internen Gemeinschaftspolitiken sowie die Neuregelung der EU-Finanzierung ab dem Jahr 2000 umfaßt, ein tragfähiger Kompromiß gefunden werden kann.

5. Die Bundesregierung wollte das Thema „Subsidiarität" zu einem Schwerpunkt des Gipfels in Cardiff machen. Konkrete Ergebnisse hat diese Initiative nur insoweit gebracht, als die europäischen Staats- und Regierungschefs sich mit dem Thema „bürgernahes Europa" auf einem Sondergipfel im Oktober 1998 befassen wollen. Der Deutsche Bundestag unterstreicht, daß die Bundesregierung diese Initiative mangelhaft vorbereitet hat. Wegen der fehlenden Unterrichtung des Auswärtigen Amts durch das Bundeskanzleramt wurde der deutsche Außenminister gegenüber seinen Amtskollegen auf der Sitzung des Allgemeinen Rates am 8. Juni 1998 völlig desavouiert, weil er keine Kenntnis vom Schreiben des deutschen Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten an den amtierenden Ratsvorsitzenden der EU hatte, das Gegenstand der Beratungen dieses Allgemeinen Rates war.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ihre ablehnende Haltung gegenüber einer wirksamen Umsetzung des Beschäftigungskapitels des Amsterdamer Vertrages aufzugeben, damit die EU einen gezielten Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit auch in Deutschland leisten kann;

2. ein schlüssiges Konzept zur Agenda 2000 noch vor der Bundestagswahl vorzulegen, damit die notwendigen Verhandlungen in Brüssel nicht länger blockiert werden. Dazu gehört, daß die Bundesregierung einen plausiblen Vorschlag erarbeitet, wie die deutsche Nettobelastung, insbesondere durch eine Reform auf der Ausgabenseite, spürbar gesenkt werden könnte;

3. dem Deutschen Bundestag zu erläutern, warum der deutsche Außenminister nicht rechtzeitig über das Schreiben des französischen Staatspräsidenten und des deutschen Bundeskanzlers an den amtierenden Ratsvorsitzenden der EU vom 5. Juni 1998 unterrichtet wurde;

4. die grundgesetzlichen Voraussetzungen für Volksentscheide zu schaffen. Dadurch erhielten die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland die Möglichkeit, auch Grundfragen der europäischen Integration so mitzuentscheiden, wie dies in vielen anderen EU-Mitgliedstaaten der Fall ist. Dies wäre ein wichtiger Schritt in Richtung auf ein bürgernahes Europa.

Bonn, den 17. Juni 1998

Rudolf Scharping und Fraktion



Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333